

Carstens fährt nicht

Bundespräsident Karl Carstens wird die Einladung des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zur Teilnahme an den staatlichen Luther-Feiern im November nicht annehmen. Sobald er aus dem Urlaub zurückgekehrt ist, wird Carstens die Absage offiziell mit „Terminschwierigkeiten“ begründen. Bis dahin hält sich das Präsidialamt an die Sprachregelung, die Entscheidung des Präsidenten sei „noch nicht gefallen“. Sie steht aber fest. Den Regierungen der protestantischen Länder Norwegen und Schweden, die sich in Bonn erkundigt hatten, wie das westdeutsche Staatsoberhaupt auf die Einladung reagiere, wurde diskret Bescheid gegeben. Der norwegische König Olav V., von der DDR ebenfalls eingeladen, sagte daraufhin wegen anderer Verpflichtungen ab, ebenso Schwedens König Carl XVI. Gustaf. Die Juristen des Bonner Präsidialamts waren zu dem Ergebnis gelangt, das Staatsoberhaupt könne keineswegs nach Ost-Berlin reisen, weil dies als Abkehr von der immer noch gültigen Doktrin verstanden würde, daß die DDR für Bonn völkerrechtlich „kein Ausland“ und Ost-Berlin kein Bestandteil des Arbeiter-und-Bauernstaates sei. Auch als Privatmann kann Carstens nicht fahren: Wenn er „aus Zeitgründen“ am 9. November nicht als Staatsgast nach Ost-Berlin reise, könne er auch nicht einen Tag später privat an der kirchlichen Feier in Eisleben teilnehmen, heißt es im Präsidialamt. Das Angebot der DDR, anstelle von Carstens sei auch sein Stellvertreter willkommen, wurde von Bonn nicht aufgegriffen. Der im November amtierende Bundesratspräsident kennt die DDR bereits: Franz Josef Strauß.

Deutsch-deutsche Klärung

Der erste Umweltschutzvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik ist unterschriftsreif. Gegenstand des Vertrages ist die Reinigung des durch Industrieabwässer verschmutzten Fließchens Röden im Grenzgebiet zwischen der DDR und Bayern. Die Kosten für die Klärung der Abwässer schätzt die DDR auf 60 Millionen Mark, von denen die Bundesrepublik 30 Millionen bezahlen sollte. Das verweigerten die Bonner Unterhändler mit dem Argument, dann würden sie lieber auf bundesdeutschem Gebiet eigene Kläranlagen bauen. Die jetzt erzielte Einigung sieht vor, daß die Bundesrepublik 18 Millionen zahlt. Die Hälfte davon übernimmt der Freistaat Bayern, auf dessen Drängen der schnelle Abschluß zustande kam. Verärgert darüber ist Ernst Albrecht, Ministerpräsident des DDR-Anrainerlandes Nieder-

sachsen. Er fürchtet unliebsame Folgen, weil mit der Übernahme von Teilkosten durch Bayern das Prinzip durchbrochen wurde, wonach ausschließlich derjenige für Umweltschäden zu zahlen hat, der sie verursacht.

Vorsichtige Kontakte

Amerikanische Senatoren und Abgeordnete, beunruhigt über die Politik von Präsident Ronald Reagan, mühen sich um bessere Beziehungen zur Sowjet-Union. Im Juli reisten 21 Abgeordnete unter Führung des Demokraten Thomas Foley nach Moskau, um „einmal direkt zu hören, was die Sowjets eigentlich wollen“ (Foley). Eine, nicht überraschende, Erkenntnis der Amerikaner: „Sie haben keine Gelegenheit ausgelas-

sen, sich über die Pershing zu beklagen.“ Die Amerikaner stießen aber auch auf großes Interesse an verstärkten Handelsbeziehungen Moskaus mit den USA. Am 23. August erwarten die Sowjets eine Delegation von neun US-Senatoren. Für den November haben sich die schwarzen US-Abgeordneten angesagt. Im Dezember will eine Gruppe weiblicher US-Politiker mit Jurij Andropow reden. Thomas Foley: „Starrsinnige Konfrontation bringt uns nicht weiter.“

Bremen gibt auf

Nach Hamburg will nun auch Bremen aus einem Kernkraft-Großprojekt aussteigen. „Aus kaufmännischer Sicht“, so argumentieren die Bremer Stadtwerke, könne ihre Beteiligung an der Hochtem-

Doch neue Gift-Sprengköpfe?



Demonstration gegen amerikanische Giftgaslager in Pirmasens (1981)

In aller Stille hat die Bonner Regierung in der Rüstungspolitik eine Wende vollzogen: Während die Sozialliberalen neue chemische Waffen noch für militärisch überflüssig und politisch gefährlich hielten, ließen die Konservativen die Amerikaner jetzt wissen, daß sie der Lagerung neuer Nervengas-Geschosse für die US-Armee in der Bundesrepublik zustimmen werden.

Solange es kein Verbot für chemische Waffen gebe, schrieb Verteidigungsstaatssekretär Lothar Rühl „in Vertretung“ seines Ministers dem FDP-Abgeordneten Olaf Feldmann, müßten die Nato-Partner „eine begrenzte Fähigkeit zum Einsatz solcher Waffen als Repres-

salie erhalten“ (SPIEGEL 32/1983). Eine Beschränkung auf die „nichtchemischen Eskalationsoptionen der Nato würde die Reaktionsmöglichkeiten des Bündnisses gefährlich einengen“.

Die Sozialliberalen hatten im April vergangenen Jahres noch anders argumentiert. Die Androhung der dem Bündnis bereits jetzt zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, so Hans Apels Parlamentarischer Staatssekretär Willfried Penner an den FDP-Abgeordneten, „dürfe den Warschauer Pakt hinreichend vom massiven Einsatz chemischer Kampfmittel abschrecken“.

Noch deutlicher wurde das Verteidigungsministerium in einem internen Pa-